



Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
14. Dezember 2017
Deutsch
Original: Englisch

Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats

Auf der 8135. Sitzung des Sicherheitsrats am 14. Dezember 2017 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan“ im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

„In Anbetracht dessen, dass der Konflikt in Südsudan ins fünfte Jahr geht, bekundet der Sicherheitsrat seine anhaltende tiefe Besorgnis über die politische, Sicherheits-, humanitäre, menschenrechtliche und wirtschaftliche Lage in Südsudan und ist tief besorgt über die Handlungen aller Konfliktparteien, aufgrund deren diese Situation anhält und nunmehr 7,6 Millionen Menschen Hilfe benötigen, 4 Millionen Menschen vertrieben sind und 6 Millionen Menschen nicht genug zu essen haben. Der Sicherheitsrat bedauert zutiefst, dass die Parteien den Forderungen in der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 23. März 2017 (S/PRST/2017/4), insbesondere, die dauerhafte Waffenruhe einzuhalten und die ungehinderte Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Hilfebedürftigen zu gestatten, nicht vollständig nachgekommen sind, und verlangt von allen Parteien, dies unverzüglich zu tun. Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von der Waffenruhe-Initiative der Regierung, fordert die Regierung zur Einhaltung dieser Waffenruhe auf und fordert die Opposition nachdrücklich auf, ebenfalls die Waffen ruhen zu lassen.

Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von dem im September 2017 vorgelegten Halbzeitbericht der Gemeinsamen Überwachungs- und Evaluierungskommission über den Stand der Durchführung des Abkommens über die Beilegung des Konflikts in der Republik Südsudan („Abkommen“) und von der in dem Bericht enthaltenen Feststellung, dass die Konfliktparteien substanzielle Teile des Abkommens nicht umgesetzt haben und dass die Voraussetzungen für glaubhafte Wahlen derzeit nicht gegeben sind.

Der Sicherheitsrat bekundet seine nachdrückliche Unterstützung für das von der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung eingesetzte Forum auf hoher Ebene zur Neubelebung des Abkommens und sieht seiner Einberufung unter Einbeziehung aller Seiten sowie greifbaren Fortschritten im Rahmen dieser Initiative bis Ende Dezember erwartungsvoll entgegen. Die Initiative wird einer entschiedenen, abgestimmten und geschlossenen regionalen Unterstützung bedürfen, und der Sicherheitsrat fordert die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung nachdrücklich zu fortgesetzten diesbezüglichen Anstrengungen auf. Der Sicherheitsrat fordert alle Parteien mit großem Nachdruck auf, sich konstruktiv an dem Prozess zur Neubelebung des Abkommens zu beteiligen, und unterstreicht, dass keine der Parteien Vorbedingungen für eine Beteiligung festlegen soll und dass denjenigen, die den Prozess des Forums auf hoher Ebene untergraben, entsprechende Kosten und Konsequenzen entstehen müssen. Das Forum auf hoher Ebene soll wahrhaft inklusiv sein und insbesondere eine effektive Teilhabe



von Frauen, Jugendlichen und der breiteren südsudanesischen Zivilgesellschaft vorsehen. Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von dem Kommuniqué des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 20. September 2017 und stimmt darin überein, dass das Forum auf hoher Ebene den Parteien eine einzigartige Gelegenheit, aber auch die letzte Chance bietet, auf Dauer Frieden und Stabilität in Südsudan herbeizuführen. Der Sicherheitsrat nimmt außerdem Kenntnis von anderen potenziell komplementären Regionalinitiativen.

Der Sicherheitsrat begrüßt die Unterrichtung durch den Sondergesandten der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, Ismail Wais, zu dem Bericht über die im Vorfeld des Forums auf hoher Ebene abgehaltenen Konsultationen sowie zu den darin zusammengefassten wichtigen und konstruktiven Beiträgen eines breiten Spektrums südsudanesischer Interessenträger und unterstützt uneingeschränkt seine Rolle in dem Prozess. Vor allem fordert der Sicherheitsrat alle Parteien auf, entsprechend ihren Zusagen die Feindseligkeiten zu beenden und so ein Zeichen ihres Bekenntnisses zu dem Forum auf hoher Ebene zu setzen. In Anbetracht der Unterrichtung durch den Sondergesandten der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung ersucht der Sicherheitsrat die Parteien ferner nachdrücklich um ihre Zustimmung zu überwachten, wirksamen und dauerhaften Sicherheitsregelungen zur Beendigung des Konflikts, zu konkreten Schritten zur Verbesserung der Menschenrechtssituation und der humanitären Lage, einschließlich des sicheren und ungehinderten Zugangs für humanitäre Akteure, zu Lenkungsmechanismen, die gewährleisten, dass alle Stimmen in Südsudan vertreten sind, zu einem politischen Prozess, der einen einvernehmlichen Weg zu durchführbaren Wahlen ebnet, einschließlich der Verbesserung der Sicherheitsbedingungen, sowie zu einem Zeitplan für die Durchführung des Abkommens, der der Notwendigkeit eines förderlichen Umfelds für die Abhaltung von Wahlen in der Zeit nach dem Übergang Rechnung trägt. Der Sicherheitsrat fordert die Parteien ferner nachdrücklich auf, einem robusten Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismus zuzustimmen, damit alle über das Forum auf hoher Ebene getroffenen Vereinbarungen wirksam umgesetzt werden können und Kosten und Konsequenzen für diejenigen entstehen, die gegen das Abkommen verstoßen.

Der Sicherheitsrat erinnert die Regierung Südsudans an die von ihr eingegangene Verpflichtung, mit der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS) uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, und fordert die Regierung zur Einhaltung dieser Verpflichtung auf. Der Sicherheitsrat nimmt mit tiefer Sorge Kenntnis von den Hindernissen, die der Bereitstellung unverzichtbarer lebensrettender Hilfe für die südsudanesischen Bevölkerung nach wie vor entgegenstehen, und verurteilt die Angriffe auf Personal nationaler und internationaler humanitärer Hilfsorganisationen und deren Standorte sowie Handlungen aller Parteien, die sich gezielt gegen Personal der Vereinten Nationen und humanitäres Personal richten.

Der Sicherheitsrat verurteilt alle Angriffe auf Zivilpersonen und die militärische Nutzung von Krankenhäusern und Schulen und erinnert daran, dass die UNMISS unter anderem das Mandat hat, Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich derer, die möglicherweise Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen, zu beobachten, zu untersuchen und zu verifizieren und der Öffentlichkeit regelmäßig darüber Bericht zu erstatten. Der Sicherheitsrat erklärt erneut, dass diejenigen, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen oder Menschenrechtsverletzungen oder -übergriffe begehen, zur Rechenschaft gezogen werden müssen, um den herrschenden Kreislauf der Straflosigkeit zu durchbrechen.“